

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Zur Lage

Die *innenpolitische Entwicklung* der Berichtsperiode findet ihre Kennzeichnung in bedeutsamen Maßnahmen, durch welche dem inflatorischen Druck gesteuert werden soll, der die unvermindert andauernde Konjunktur begleitet. In diesen Bereich gehört die Vereinbarung der Kreditgeberkreise zur Beschränkung der Kreditgabe für die Baufinanzierung. Nach dieser Abmachung, welche vorerst für die Dauer eines Jahres gilt, werden die Baukredite für nicht subventionierte Mehrfamilienhäuser, Geschäftshäuser, sowie Kolonien von Ein- und Zweifamilienhäusern auf 70 % des Kostenvoranschlages beschränkt. Dabei soll sich die Kreditgewährung in städtischen Verhältnissen vorwiegend auf die billigen Wohnungen erstrecken. Dieser Punkt scheint uns deshalb von Bedeutung, weil die Gefahr einer Übersättigung des Wohnungsmarktes mit teuren Wohnungen bereits ziemlich akut geworden ist, indem in den Städten vielfach jetzt schon Schwierigkeiten bestehen, solche Wohnungen zu vermieten, — eine Lage, welche im Falle eines Rückschlages der Konjunktur recht unangenehme Auswirkungen nach sich ziehen müßte. Um ferner einer ungesunden Investitionstätigkeit vorzubeugen, sollen die Baukredite bei gewerblichen Erweiterungs- und Neubauten auf 50 % beschränkt werden. Hervorzuheben ist, daß es sich dabei um eine freiwillige Vereinbarung handelt, der Staat also nicht mit Zwangsmitteln einzugreifen brauchte, und die Bedeutung dieser Tatsache wird noch unterstrichen durch den Umstand, daß die Einladung an 330 Kreditinstitute, 40 Versicherungsgesellschaften und 900 private Pensionskassen und Fürsorgeeinrichtungen ging. Ein sehr erfreuliches Zeugnis für die Privatwirtschaft!

Es gehört ferner in diesen Bereich die nunmehr vorgenommene Ausarbeitung der Gesetzesvorlage über die Bildung steuerbegünstigter Arbeitsbeschaffungsreserven. In seiner Vorlage folgt der Bundesrat den Vorschlägen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung. Danach sichert der Bund die Rückerstattung der Wehrsteuerbeträge auf die Reserven zu unter der Bedingung, daß die betreffenden Unternehmungen im Falle eines wirtschaftlichen Rückschlages Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach den Empfehlungen des Bundesrates durchführen. Die Reserven selbst werden bis dahin blockiert und in Schuldscheinen des Bundes angelegt, doch ist dieser Vorbehalt auf 60 % der Reserveneinlage beschränkt. Es handelt sich dabei um eine sehr begrüßenswerte Maßnahme, welche in den Kreisen der privaten Wirtschaft im allgemeinen Zustimmung gefunden hat.

Es ist anderseits klar, daß diese Maßnahmen nur einen Teil der Vorkehren betreffen können, durch welche dem inflatorischen Druck begegnet werden soll. Sie müssen ihre Ergänzung finden durch eine entsprechende Einstellung auf dem Gebiete der Lohnpolitik, und zwar im Sinne der Zurückhaltung auch für Lohnbegehren. Dabei ist davon auszugehen, daß gerade der Lohnempfänger am allerwenigsten

Interesse an der Ingangsetzung der Preis-Lohn-Spirale hat, weil er dadurch am meisten und am direkttesten getroffen wird.

Leider finden die Bestrebungen zur Begrenzung des Preisauftriebes und des inflatorischen Druckes auf Seiten staatlicher Stellen nicht immer das nötige Echo. Es zeigt sich dies einmal in der nach wie vor auf vollen Touren laufenden öffentlichen Bautätigkeit, anderseits aber in den Bestrebungen, nicht nur die Posttaxen zu erhöhen, sondern auch bei den Bundesbahnen Tariferhöhungen vorzunehmen. Man möchte wünschen, daß in diesem Bereiche das Verständnis für die unbedingt erforderliche Zurückhaltung einkehre.

Auf dem Felde der *großen Politik* ist seit der russischen Initiative zum Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea eine Entwicklung eingetreten, die in ihrer sichtbaren Linie nicht mehr unbeachtet bleiben kann. Das will freilich noch nicht heißen, daß die Sowjetregierung im Begriffe sei, auf den kalten Krieg zu verzichten. Immerhin mehren sich die Anzeichen, man versuche in Moskau, eine neue Methode zu gebrauchen, mit welcher die politischen Ziele besser erreicht werden könnten als mit der bisherigen. Natürlich ist man über den Gehalt dieser neuen Methode noch keineswegs klar, und es werden wohl noch manche Wochen vergehen und noch manche Zwischenfälle eintreten, bis sich hier ein einigermaßen sicher umrissenes Bild ergibt. Aber es ist unzweifelhaft etwas Neues in Gang gekommen. Indessen werden manche Spekulationen über diese unverkennbar neue Lage gepflogen. Von diesen sind natürlich lange nicht alle haltbar. Allein es ist doch sehr wohl denkbar, daß die Führer der russischen Politik sich inzwischen überzeugt haben von der Unmöglichkeit, auf die Dauer, selbst unter Bezug sämtlicher Satelliten und Einflußzonen, gegen das Gesamtpotential des Westens aufzukommen. Daß man in Moskau einem wirklichen Krieg, wenn immer möglich, auszuweichen wünscht, dürfte wohl unbestritten sein. Dasselbe gilt von den Vereinigten Staaten. Ist es aber im Willen der Weltmächte, einer militärischen Auseinandersetzung großen Stiles unter allen Umständen auszuweichen, so wird man eines Tages dazu kommen müssen, die Bereiche abzugrenzen und die Einflußsphären festzulegen. Dies wird gewiß auf beiden Seiten nicht unerhebliche Opfer kosten, und man wird sich auch im Westen darüber klar sein müssen, daß der Friede nicht ohne bestimmte Verzichte erreicht werden kann. Manche Träume und Illusionen werden dann in nichts zerrinnen; aber das ist kein Unglück, wenn damit der Friede gesichert werden kann.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Paris

Durch die Erschütterungen und Krisen hindurch, die unseren Planeten heimsuchen, scheint sich heute die Entwicklung eines täglich an Deutlichkeit gewinnenden allgemeinen Weltbewußtseins zu vollziehen. Wird es den europäischen Völkern gelingen, den Grund für eine *überationale* Gesellschaft zu legen, wie sich im Mittelalter die provinziellen Gesamtheiten zusammenschlossen, um nach und nach die *nationale* Einheit zu bilden? In Frankreich hoffen es alle, die trotz den enttäuschenden Debatten des «Conseil de Strasbourg» nicht an der europäischen Idee verzweifeln.

Die langen Straßburger Reden, einstweilen allerdings eines realistischen Gehaltes bar, haben wenigstens das vor diesen hohen Areopag gebrachte Problem völlig klar aufgezeigt. Wenn die Briten, Initiatoren der europäischen Bewegung, es bei der Aufstellung einer Art Commonwealth des freien Europa — ohne jedes konstitutionelle Band — bewenden lassen möchten, so schlösse sich der Kontinent im Gegenteil gerne der alten paneuropäischen Formel an, dem Projekt einer zahlenmäßig beschränkten, durch ein Bundessystem miteinander zusammenhängenden Gruppe von Kontinentalstaaten.

Der Plan Schumann

stellt den ersten Schritt zum europäischen Bund dar. Amerika, Italien, Deutschland, die Länder des Benelux schenken ihm im Prinzip ihre Gunst, währenddem England und Rußland sich ihm widersetzen. In einer bemerkenswerten, vor kurzem in London gehaltenen Rede nannte General Eisenhower die Bedingungen, welche seines Erachtens zur Erreichung einer echten europäischen Einheit auf dem wirtschaftlichen wie auch auf sozialem und militärischem Gebiet erfüllt werden müßten. «Europa», so sagte er, «wird die dominierende Stellung, zu der das Talent, die Kompetenz und Intelligenz seiner Nationen es berechtigen, nicht erreichen, solange sein Territorium zerstückelt bleibt». Mit einiger Naivität schätzt der oberste amerikanische Befehlshaber unsere nationalen Partikularismen, das Erbe der Jahrhunderte, die Europa aufgebaut haben, so niedrig ein. Jedenfalls aber ist seine Sprache die des Staatsmanns, der erkennt, welcher Irrtum es wäre, wenn wir in unserem alten Haß und unseren verjährten Vorurteilen stecken bleiben wollten. Der Kanzler Adenauer und Herr De Gasperi sind unzweifelhaft einwandfreie Europäer und würden ohne Zögern jede föderalistische Initiative begrüßen, vorausgesetzt, daß sie aufrichtig und ohne Hege moniegedanken gefaßt wäre.

Man äußert zu Zeiten, die britische Opposition bilde das Haupthindernis für einen europäischen Bund. Welch einfältige Meinung! England wünscht sich seinen kontinentalen Nachbarn nicht enger anzuschließen als es mit den überseeischen Anglo-sachsen zusammenhängt. Man darf den Grund seiner Feindseligkeit gegenüber jeder eine bindende Verpflichtung enthaltenden Formel nicht anderswo suchen. Allein was England als im Rahmen einer europäischen Föderation unrealisierbar ansieht, das könnte sich im atlantischen Rahmen verwirklichen lassen, wofern man aus dieser Union, um ein Wort Herrn Coudenhove-Kalergis, des großen Apostels des Föderalismus, zu wiederholen, eine «Westliche Dreiheit» mache: Vereinigte Staaten von Europa, Vereinigte Staaten von Amerika, Britisches Commonwealth.

Es ist nicht abwegig, in einer solchen Vereinigung

die künftige Sicherheit Europas

zu suchen. Dieses Europa besäße in ihr eine Unabhängigkeitsgarantie, nicht nur gegenüber der sowjetrussischen Welt, sondern auch gegenüber Amerika. Denn man täusche sich nicht darüber: die Finanz- und Montanressourcen der Vereinigten Staaten sind nicht unerschöpflich, und ein Tag wird erscheinen, an welchem die westlichen Demokratien — und namentlich Frankreich — in vermehrtem Maße auf sich selber zählen müssen. Dann ist wohl der Augenblick da, in dem ein europäischer Staatenbund sich als äußerst nützlich erwiese, um das Vertrauen der verschiedenen Völker des Westens vermittelst Stabilisierung ihrer Wirtschaft zu gewinnen — was die Marshallhilfe ermöglicht. Doch die Zeit eilt. Die Situation Deutschlands fordert eine rasche, eine kühne Lösung. In zwei Jahren wird Deutschland mitten in einer Wahlperiode stehen. Wenn bis dann die von Herrn Adenauer betriebene Aufrüstung noch nicht durchgeführt ist, von der, wie wir wissen, seine gesamte europäische

Politik abhängt, so wird er durch die Kräfte der Opposition gestürzt. Diese Opposition, das kann man wohl im voraus behaupten, wird von Moskau aus inspiriert und ausgebeutet werden. Es ist schon heute zu erkennen, daß der Kreml, von der Furcht vor einer Wiedererhebung Deutschlands hypnotisiert, keine Ruhe haben wird, solange er sich nicht der neutralen Haltung der deutschen Führer versichert weiß — erste Etappe auf dem Wege zu einer Volksdemokratie im Stile von Prag. Die Teilnahme Deutschlands an der militärischen Verteidigung Europas erscheint demnach als eine Garantie für die Unabhängigkeit des deutschen Volkes. Und trotz den Besorgnissen, die in den politischen Sphären Frankreichs die Aussicht auf eine selbständige, von einem Generalstab geleitete Wehrmacht erweckt, dürfte die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den Westmächten und Deutschland das ihre zur beschleunigten Lösung dieser Frage beitragen. Allerdings hat sich anlässlich des Pariser Besuches Herrn Blanks, des Sonderbeauftragten Dr. Adenauers, eine Differenz ergeben, deren hauptsächliche Ursache die von den Deutschen gehegte Befürchtung gewesen zu sein scheint, nicht als völlig gleichberechtigt behandelt zu werden. Das Problem der *Gleichberechtigung*, dem die Bonner Regierung großes Gewicht beilegt, könnte die Vorbereitung der westlichen Verteidigung stören, wenn nicht unverzüglich eine Kompromißlösung gefunden wird.

Die Lage kann ungefähr folgendermaßen kurz zusammengefaßt werden: In Bonn wünscht man die Eingliederung einer deutschen Armee in die atlantische, und die deutschen Vorschläge haben sich hier zu der Bitte um ein zehn oder zwölf Divisionen starkes Nationalheer mit ausschließlichem Selbstbestimmungsrecht kondensiert, wobei die deutsche Führung sich im Bedarfsfalle in die europäische einbeziehen ließe. Paris hingegen ist Anhängerin des Planes Pleven, der, wie man weiß, die Bildung großer Einheiten vorsieht, welche neben amerikanischen und kanadischen auch deutsche Kontingente von 5000 bis 6000 Mann unter dem Kommando eines europäischen Oberbefehlshabers umfassen sollen. Es ist klar, daß die Deutschen, wenn sie auch die Notwendigkeit eines europäischen Kaders für die höheren Grade anerkennen, doch wünschen müssen, genügend starke Formationen aufzustellen, um bei eventueller Vereinigung ein nationales Heer bilden zu können.

Dieser Wunsch spricht sich in einem offenen, in politischen und militärischen Milieus von Frankreich unterschiedlich beurteilten

Schreiben der Bruderschaft Deutschland an General Juin

aus. Nach dem Grundsatz «Alles oder nichts» fordert die mächtige Verbindung alter Offiziere der Wehrmacht, die den Standpunkt sehr einflußreicher militärischer Elemente vertritt, Gleichheit der Rechte für Deutschland ebenso wie einen «neuen europäischen Militärgeist». Die These wird etwa so entwickelt: nachdem Deutschland sich an der Elbe im Kampf gegen Rußland heldenhaft eingesetzt und geopfert hat, darf es eine Kompensierung beanspruchen. «Keinerlei Gefahr drohte heute von Osten, wenn die Nationen des Westens den deutschen Verteidigern nicht in den Rücken gefallen wären». Und wo sie Deutschlands europäische Rolle hervorheben, schlagen die Signataren des Dokumentes stärkere Töne an: «Wir sind daran gewöhnt, die Hauptverantwortung an der Ostgrenze Europas zu tragen, nicht nur in den Konflikten, sondern auch als Vermittler zwischen Osten und Westen». Eine durch Tatsachen bestätigte Meinung kann nicht diskutiert werden. Man bedauert einzig, daß Ansichten, welche Aufmerksamkeit verdienen, von Kommentaren begleitet sind, welche die innere Politik Frankreichs angreifen, was unter den momentanen Umständen ganz besonders falsch am Platze ist.

Das Scheitern der Konferenz im Palais Rose hat der Vorbereitung der westlichen Verteidigung erfreulicherweise neuen Auftrieb gegeben. Freilich wird man noch lange mit einer gewissen Zurückhaltung französischerseits rechnen müssen, vornehmlich in den sozialistischen Reihen, wo man immer bereit ist, die Ideologien

der Labour Party zu schonen. Auch ist es eine Tatsache, daß die neue deutsche Armee, sogar auf 250 000 Mann beschränkt, einen höheren Bestand darstellt, als Frankreich jetzt im Mutterland aufmarschieren lassen könnte. Ersteht außerdem eine taktische Luftwaffe, eine leichte Kriegsmarine wieder, dann kommt das wohl der militärischen Verteidigung Europas zugute, bliebe aber vielleicht nicht ganz ungefährlich für Deutschlands nächste Nachbarn.

Das ist das Dilemma der beiden Länder, die ihr Jahrhunderte alter Antagonismus so oft auf die Schlachtfelder geführt hat. Nie ist die Sinnlosigkeit ihrer Rivalität sichtbarer zu Tage getreten als heute, da das Schicksal der westlichen Zivilisation auf dem Spiele steht. Die neue Nationalversammlung, die über den Plan Schumann zu befinden hat, wird nicht säumen, die europäische Politik der französischen Regierung zu definieren. Dazu scheint der Augenblick um so besser gewählt, als der Präsident der Republik soeben dem Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte offiziell das Terrain und die Gebäulichkeiten in Marly übergeben hat, wo sich der Generalstab der in Europa stationierten interalliierten Truppen einrichten wird. Herr Vincent Auriol erklärte bei dieser Gelegenheit, so sehr das Nichtzustandekommen der Kollektivsicherheit gemäß der Charta der UNO zu bedauern sei, so glücklich müsse man sich wegen der regionalen Sicherheit, wie sie heute besteht, schätzen. Er gab die Versicherung ab, daß die von Frankreich zugesagten zehn Divisionen vor Jahresende bereitstehen werden, fünf auf Kriegsfuß, fünf innert dreier Tage mobilisierbar. Das beweist, wie methodisch sich die Ausführung des militärischen Programms vollzieht, und wie bei uns trotz gewissen pessimistischen, allzu leicht Verbreitung findenden Beurteilungen die Organisierung der Verteidigung des Westens im Interesse des Weltfriedens fortschreitet.

* * *

Die Ausstellung Toulouse-Lautrec

im Musée de l'Orangerie hat anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr seines Todes-tages das Gedächtnis dieses großen Künstlers geehrt. Wie bei solchen Anlässen häufig, wurden auch hier allerlei widersprechende Meinungen hörbar; einstimmig jedoch haben die Kritiker seine Virtuosität anerkannt, die spitze Feinheit seines Strichs, seine aristokratische Ungezwungenheit. Man rühmte insbesondere den Maler nächtlicher Feste auf dem Montmartre, im Moulin Rouge, grotesker Szenen des Pariser Lebens in den Cafés, auf den Bühnen, dem Zirkus, den Sportplätzen. «Ah, das Leben, das Leben!» An diesem immer wiederholten Ausruf erkannten ihn in den Kabaretten seine Kumpanen, seine Freunde. Es ist wahr, daß Toulouse-Lautrec zwischen Place Pigalle und Place Blanche seine intensive und kurze Spanne Zeit einzig dem Vergnügen nachjagend gelebt hat. Allein sobald seine Malerei in Frage kam, dann beherrschte ihn diese eine Leidenschaft ausschließlich; dann konnte er zum Einsiedler werden.

Ein Gnom aus Hoffmanns Erzählungen, von schwächlicher Konstitution, aber von seltener Vitalität, holte dieser eigenartige Maler, der so genau und doch so frei zeichnete, seine Modelle aus den Elendsquartieren der Riesenstadt, aus dem Pfuhl der Prostitution. Er hat in Szenen, vergleichbar mit Holbeins Totentanz, die müde und traurige Venus, Venus in ihrer Intimität unter der Schminke der *Goulue*, des *Valentin le Désossé*, der Tänzerinnen vom *French Cancan* zu sehen verstanden. Welche Impressionen! Bei Betrachtung einiger der in der Orangerie ausgestellten Bilder erinnerten wir uns des seltsamen Ausspruchs, den Tristan Bernard, der Humorist, tat, als er den Tod des Künstlers erfuhr: «Ich habe den Eindruck, daß er der übernatürlichen Welt zurückgegeben ist... Sein Wesen war von unserer Welt so verschieden!» Dieses Wort sagt vieles. Liegt es nicht nahe, es

jenem anderen, von Max Jacob gesprochenen, zur Seite zu stellen, der auch ein Künstler des Montmartre war, auch luziferisch, aber — wie der Gnom — unendlich genial: «Das Geheimnis ist in diesem Leben; die Wirklichkeit ist im anderen»?

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Italien

Die Armut hat auch ihre Vorteile: verfügte Italien gleich seiner lateinischen Schwester über ein rundes Dutzend vollausgebildeter Anwärter auf die Ministerpräsidentschaftswürde, so hätte Rom wohl der Welt eine ähnlich penible Tragikomödie wie Paris in den vergangenen Wochen vorgespielt. Da es aber nur über *einen* «papabile» verfügt, den hervorragenden Alcide De Gasperi, vollzog sich der Wechsel denkbar leicht. In die dadurch ausgelöste Genugtuung mischt sich allerdings die durch die Frage aufgeworfene Perplexität, wer das italienische Staatsschiff lenken soll, wenn dieser außergewöhnlich begabte Staatsmann der Nachkriegszeit, der kürzlich seinen 70. Geburtstag feierte, vom Pilotenamt zurücktreten wird.

Diese

Umbildung der Regierung

war übrigens eine indirekte Folge der administrativen Wahlen. Der Rückgang der Stimmen für die führende «bürgerliche» Partei, die «Democrazia Cristiana», führte in dem kurz nach dem zweiten Wahlgang stattgefundenen Parteikongress zu einer «Meuterei» des Linksflügels, der sogenannten «Dossettiani», gegen die vom Tresorminister Pella betriebene (und vom ganzen Kabinett unterstützte) Finanz- und Wirtschaftspolitik, die vor allem auf die Verteidigung der Kaufkraft der Lira gerichtet war. Nachdem die früheren Regierungspartner, die liberale Partei (wegen der Landreform) und die sozialdemokratische Partei, die nun endlich unter Romita und Saragat ihre Einigung vollzogen hat, ein Wiedereinziehen in die Regierungskoalition abgelehnt hatten, blieb De Gasperi nichts anderes übrig, als durch freiwillige Demission seine Parteianhänger auf eine vom rechten und linken Flügel gutgeheißene Regierungsdirektive zu verpflichten. Da ja außer der «Democrazia Cristiana» lediglich noch zwei Republikaner und ein Unabhängiger im Ministerium mitwirken, mußte De Gasperi in seiner eigenen Partei die Voraussetzung für eine Regierungsstabilität schaffen, eine Aufgabe, die er durch personelle Veränderungen sehr gut löste. Der «Sündenbock» Pella wurde als Tresorminister geopfert, um als Bilanzminister in der 7. Regierung De Gasperi so ziemlich die gleichen Funktionen wie vorher auszuüben. Ausgeschieden ist der von den laizistischen Kreisen angefochtene ehemalige Erziehungsminister Gonnella, und Minister Fanfani, der Schöpfer der durch Industrie und Staat subventionierten Wohnungsbauteile riesigen Ausmaßes, wechselte ins Landwirtschaftsressort hinüber. Senat und Kammer haben in der ersten Augusthälfte der neuen Regierung mit überraschender Mehrheit das Beneplacet erteilt, so daß sie nun nach den Sommerferien mit selbstsicherem Elan an die Fortführung des seit sechs Jahren unentwegt betriebenen Wiederaufbauwerkes in allen Sparten gehen kann.

Das wichtigste innenpolitische Ereignis in Italien während der letzten Monate waren die Ende Mai und Anfang Juni in ungefähr 6000 Gemeinden Nord- und Mittelitaliens abgehaltenen

administrativen Wahlen.

Der Wahlausgang war der, daß beide Lager «Victoria» schrien. In der Tat ist die Stimmenzahl der Kommunisten und der völlig in ihrem Schlepptroupe segelnden Nenni-

Sozialisten (P.S.I.) nicht zurückgegangen. Zusammen vereinten sie 35 % der abgegebenen Stimmen auf sich. Das bedeutet, daß nach wie vor mehr als ein Drittel der Italiener seine Direktiven nicht aus Rom, sondern aus Moskau bezieht. Aber ebenso wahr ist, daß die marxistische Vorherrschaft in den Stadtverwaltungen dank der Listenverbindungen der antikommunistischen Parteien stark zusammenge-schmolzen ist. Man darf es wohl als günstiges Omen ansehen, daß mit Ausnahme von Bologna und Livorno (jetzt beide so erzkomunistisch wie vor 20 Jahren erfaschistisch!) alle größern Städte Nord- und Mittelitaliens nicht weiter von den Sozial-Kommunisten regiert werden. Da diese Städte (Mailand, Turin, Genua, Florenz, Venedig etc.) im politischen Italien tonangebend sind, erblicken wir darin die Vorzeichen eines sich langsam anbahnenden politischen Revirements. Ubrigens ist auch in Italien nichts so ansteckend wie der Erfolg.

Man darf übrigens aus den vielen kommunistischen Stimmen nicht den falschen Schluß ziehen, die 35 % linksorientierten Italiener seien ausschließlich moskau-hörig. Tausende und Abertausende, die um 10 Uhr für den Partito Comunista stimmten, gingen eine Stunde später gläubig (und zum Teil reuig) zur Messe. Diese naiven Leute haben ja keine Ahnung, wie es hinter dem eisernen Vorhang aussieht, hinter dem ihnen in glühenden Farben ein Paradies vorgemalt wird. Diese Ignoranz ist natürlich nicht weniger gefährlich als der grenzenlose Fanatismus der roten Drahtzieher, gibt er diesen doch die Gelegenheit, ihre nie erlahmende Wühl und Hetzarbeit unentwegt fortzusetzen.

Eine Hauptquelle des kommunistischen Credos vieler Italiener ist deren

Ressentiment gegen den Staat.

In den kurzen Jahrzehnten zwischen 1870, dem Gründungsjahr des italienischen Einheitsstaates, und 1914, dem Anfang der gegenwärtigen Wirralperiode, gelang es nicht, den Italiener zu einer positiven Einstellung zum Staate zu erziehen. Er wittert — ein Erbtum jahrhundertealter Unfreiheit — in *jeder* Regierung einen Feind, den es zu bekämpfen und zu betrügen gilt, mag die Regierung auch noch so sehr demokratischer Prägung sein wie die gegenwärtige. Das faschistische Größen-wahnintermezzo mit seinen furchtbaren Folgen war natürlich nicht dazu angetan, den Italiener staatsgläubiger zu machen. Man darf deshalb die paradoxe Behaup-tung wagen, daß eine rote Machtergreifung in Rom sofort zum Massenabfall von bisherigen Togliatti-Anhängern führen würde, lange bevor die darauffolgenden sow-jetparadiesischen Zustände einen Stimmungsumschwung hervorbrächten. Hält man sich außerdem die denkbar schwierige Lage weitester Volksschichten vor Augen, nebst der traditionellen Verständnislosigkeit der übergroßen Mehrheit der Bourgeoisie und Aristokratie, so muß man sich im Grunde wundern, daß nicht noch weit mehr Italiener dem P.C.I. angeschlossen sind. Wohl bildet die Kirche noch einen ge-wissen Damm, aber die fortschreitende Emanzipierung weiter Bevölkerungskreise führt zur Bildung gefährlichen politischen Flugsandes, denn die laizistischen Parteien vermögen dem wundergläubigen italienischen Volk keinen Religionsersatz zu bieten von der Durchschlagskraft kommunistischer Heilslehren. Die betont antimarxistische Stellungnahme der katholischen Kirche im vergangenen Wahlkampf birgt übrigens, auf weite Sicht betrachtet, große Gefahren in sich. Eine Überraschung bot der Wahl-ausgang: mit Ausnahme von Sizilien ist der vielerorts erwartete Pendelausschlag zum «Movimento Sociale Italiano», dem Neo-Faschismus, unterblieben.

Im außenpolitischen Sektor

arbeitet Italien mit Kräften an der fortschreitenden europäischen Integration mit. Die Beziehungen zu Frankreich sind gut, doch das vor zwei Jahren geborene Zoll-

union-Baby scheint einer akuten Wachstumskrise verfallen zu sein. Der italienische Ministerbesuch in London vor einigen Monaten hat die Beziehungen zu England, soweit sie von der Presse widergespiegelt werden, deutlich verbessert. Man scheint sich in Italien mit dem endgültigen Verlust des ehemaligen nordafrikanischen Koloniereiches abgefunden zu haben. Auffallend freundschaftlich wurde Bundeskanzler Adenauer im Juni in Rom empfangen; die günstige Atmosphäre galt übrigens nicht nur ihm persönlich, sondern auch dem von ihm vertretenen Westdeutschland, dessen Prestige in Italien wieder in starkem Aufstieg begriffen ist. Wie mit dem Lothringer Schumann in Paris verkehrte De Gasperi, der bekanntlich vor dem ersten Weltkrieg seine Vaterstadt Trient im österreichischen Parlament in Wien vertrat, mit dem Rheinländer Adenauer auf Deutsch. Wahrlich ein günstiges Omen, daß die Außenminister der drei großen europäischen Kontinentalmächte eine gemeinsame Sprache sprechen. Vergleiche mit den Zeiten Karls des Großen und Karls des Fünften drängen sich auf.

Auch im Atlantikpakt spielt Italien eine zunehmende Rolle. General M. L. De Castiglione ist sein Vertreter im interalliierten Generalstab und Kommandant der Landtruppen des Südsektors. Italienische Luft- und Flottengeschwader nehmen an den periodischen Manövern der fünf westlichen Großmächte im Mittelmeergebiete teil. Admiral Carney, der Kommandant des Südsektors des Atlantikpaktes, schlug sein Hauptquartier in Neapel auf. Der mittelitalienische Hafen Livorno wird mit amerikanischen Dollarmillionen zum Großnachschubhafen für die österreichische und Triestiner Grenzzone ausgebaut, die allem Anschein nach auch verstärkte amerikanische Garnisonen erwarten. In Florenz wurde das südatlantische Lufthauptquartier installiert. Offensichtlich sollen Mittel- und Südalien, südlich der Gothenlinie, wie am Kriegsende als Etappenstationen ausgebaut werden, während die Poebene die klassische Rolle des eventuellen Kampfplatzes spielen dürfte, sollte es zum Überrennen Jugoslawiens in einem zukünftigen Waffengange kommen — den Gott verhüten möge.

Angesichts der vermehrten europäischen Zusammenarbeit und der gesteigerten internationalen Spannung überrascht der neue italienische Vorstoß in der seit Monaten eingeschlafenen

Triestiner Frage

einigermaßen. Ausgelöst wurde er durch den für Japan sehr günstigen Friedensvertragsentwurf, auf dessen Hintergrund die Italien seinerzeit auferlegten Bedingungen sich tatsächlich hart und ungerecht ausnehmen. Unser südlicher Nachbarstaat fühlt sich aus diesem Grunde berechtigt, die Revision des «Diktates» zu verlangen, wie der Friedensvertrag in der Presse oft genannt wird, vor allem in bezug auf Triest. Im Bewußtsein vollen Rechtes präsentiert Italien heute den drei Westmächten den Wechsel zur Einlösung, den sie ihm am 20. März 1948, am Vorabend der damaligen Parlamentswahlen, mit der bekannten Erklärung, daß Triest und sein Hinterland zu Italien gehören, als Propagandawaffe für die Regierungsparteien gegeben hatten. Nachdem man ja nun in Washington und London im Falle Japans keine Rücksicht auf Rußland zu nehmen scheint, fällt der damalige und bis heute aufrechterhaltene Vorwand, man wolle durch eine einseitige Änderung des italienischen Friedensvertrages den Kreml nicht brüskieren, offensichtlich dahin. Der Zeitpunkt des Vorstoßes der italienischen Diplomatie, die ihren Machiavelli bekanntlich auch kennt, ist übrigens noch aus einem zweiten Grunde überaus geschickt gewählt worden: nun da Tito in Washington, London und Paris um Geld und Waffen bittet, da seine landwirtschaftliche Sozialisierungspolitik Pleite gemacht und er sich mit Moskau derart überworfen hat, daß seine Rückkehr in die Kominformclique ausgeschlossen erscheint, brauchen die Alliierten nach italienischer Auffassung bedeutend weniger Rücksicht auf ihn zu nehmen als noch vor einem oder zwei Jahren, da diese Möglichkeit noch bestand. An die von den Westmächten angepriesene direkte Aus-

sprache zwischen Rom und Belgrad können wir vorläufig nicht glauben, sind doch die Standpunkte beider Parteien derart ressentimentgeladen, daß ein Kompromiß gegenwärtig schlechterdings unmöglich ist. Auch hier rächt sich nun nach langen Jahren die ungeschickte Rassenpolitik, die von harter faschistischer Hand in frechem Übermut an der romanisch-slawischen Völkerscheide getrieben wurde.

In wirtschaftlicher Hinsicht

durchkreuzen sich widersprechende Tendenzen. Die nach 1945, und besonders seit 1948 — dem Beginn der Marshallhilfe, die Italien bisher etwa 1300 Mio. Dollar eintrug — eingesetzte kräftige wirtschaftliche Erholung hat ihren Impetus in den vergangenen Monaten augenscheinlich weitgehend eingebüßt. Weiter zugenommen hat allerdings die Industrieproduktion, die im ersten Semester einen Durchschnittspegelstand von 136 erreichte (1938 = 100) und damit 18 % über dem Vorjahresstand lag. Belebt hat sich auch der Export, doch da die erzielten Verkaufspreise bei weitem nicht den erhöhten Preisen der eingeführten Rohstoffe (Hausse gegenüber letztem Jahr ca. 30 %) entsprachen, hob sich das Defizit der Handelsbilanz von 98 Milliarden Lire im Vorjahr auf 138 Mrd. Lire in den ersten fünf Monaten dieses Jahres. Von der Aufrüstungskonjunktur profitiert Italien bisher bei weitem nicht im Verhältnis zu seinem Industriepotential. Die metallurgische Branche, die in andern Ländern auf Hochtouren läuft, nützt ihre Produktionskapazität scheinbar nicht einmal zu einem Viertel aus! Kein Wunder, daß das große Sterben in diesem Sektor unaufhaltsam weitergeht: gegenwärtig röcheln die O.M.-Werke in Reggio, die große Breda-Fabrik in Mailand mit einem Defizit von 11 Milliarden Lire, die Nebiolo-Unternehmungen in Turin, die Ansaldo-Werke in Genua und andere mehr in Agonie oder Prä-Agonie. Einzig die Automobilindustrie blüht im Schatten eines hochprotektionistischen Zolltarifs, der fremde Autos praktisch vom italienischen Markt ausschließt. In der Textilindustrie beginnt es infolge der massiven Preisabschläge für Wolle, Baumwolle, Seide etc. auch wieder zu kriseln. Der große Kapitalmangel ist ein weiterer Hinderungsgrund für volle Ausnützung der guten Weltkonjunktur. Infolge der stark gedrosselten Bankkredite an Handel und Industrie werden statt der offiziellen 12 %igen Debitorenzinse pro Jahr Schwarzmarktdarlehen mit noch weit höheren Zinssätzen belohnt. Durch die von Pella verfochtene Anti-Inflationspolitik wurde wohl die allgemeine Preiserhöhung seit einem Jahr in sehr engen Grenzen gehalten (ca. 10 % statt 30 % in Frankreich!), aber die Absatzstockung auf dem Inlandmarkt, die Hand in Hand mit einem beängstigendem Ansteigen der Konkurse und Wechselproteste geht, wird von immer weiteren Kreisen als ein zu teurer Preis für die Verteidigung der Lira angesehen. Bilanzminister Pella hat allerdings erreicht, daß der Kurs der freien Lira sich bis auf ca. 3—4 % wieder den offiziellen Ansätzen genähert hat, nachdem der Unterschied im vergangenen Winter 25 % erreicht hatte. Auch die Erhöhung des Notenumlaufes (er beträgt gegenwärtig ca. 1100 Mrd. Lire) entsprach nur der allgemeinen Preiserhöhung von 10 % gegenüber letztem Jahr. Die Börsen zeigen seit einigen Wochen leichte Erholungstendenzen, da man vom neuen Ministerium die Lockerung gewisser restriktiver Maßnahmen erwartet. Solange die Regierung am gegenwärtigen Verbot der Ausgabe von Inhaberaktien festhält, wird sich eine durchgreifende Besserung aber kaum durchsetzen können. Der Italiener ist nun einmal so: er zahlt willig 100—300 %ige Abgaben auf Tabak, Benzin, Alkohol, Zucker, Salz etc. etc., aber über sein persönliches Besitztum soll der «Erbfeind» Staat nicht orientiert sein, und viel lieber verschenkt er großzügig für wohltätige Zwecke 100 000 Lire, als daß er dem Fiskus 1000 Lire Dividendenerträge deklariert.

Günstiger lauten die Nachrichten aus der *Landwirtschaft*; das warme, von vielen Regenfällen unterbrochene Wetter in Nord- und Mittelitalien hat Futtermittel in sehr reichlichem Ausmaße wachsen lassen. Etwas geringer als letztes Jahr soll

der Getreideertrag sein, doch wird der Ausfall durch vermehrte Produktion von Reis, Mais etc. aufgewogen werden. Der Früchteertrag ist wesentlich kleiner als letztes Jahr und dementsprechend teurer. Die Elektrizitätsproduktion ist innerhalb Jahresfrist um 10 % gestiegen und liegt gegenwärtig bei 27 Mrd. KWH.

Ganz enorm ist die *Bautätigkeit*, welche die Wohnungskrise allmählich lindern hilft. Vor allem dieser Wirtschaftszweig, sowie die sich mehrenden Auswanderungsmöglichkeiten, beginnen die chronische Zahl von 2 Millionen Arbeitslosen (nicht alle sind echte!) zu senken, die wie ein Bleigewicht auf dem Lande lastet. In der Schweiz arbeiteten gegenwärtig wieder mehr als 100 000 italienische Saisonarbeiter. Gute Zeiten erlebt auch die italienische *Hotelindustrie*. Der befürchtete Rückschlag nach dem «Anno Santo» blieb nicht nur aus, sondern der starke Andrang lässt die gegenwärtige Bettenbesetzung noch über die letztjährige ansteigen, als beinahe 5 Millionen ausländische Touristen nach Italien zogen, wovon allein 608 000 Schweizer, die wegen ihrer Trink- und Eßfreudigkeit ganz besondere gesehene Gäste sind.

Peregrinus

Bericht aus Spanien

Wenige weltpolitische Fragen der letzten Zeit haben die Öffentlichkeit derart berührt und die Staatskanzleien in solchem Maße beschäftigt wie der Streit um die Aufnahme Spaniens in das westliche Verteidigungssystem. Das spanische Problem ist zu einem Prüfstein geworden, an dem sich demokratische Gesinnung mißt, und Franco wird geradezu als das Symbol des Faschismus betrachtet, als der letzte noch an der Macht befindliche Verbündete jener Mächte, die der demokratischen Welt den Krieg angesagt und letzten Endes den Einbruch des russischen Bolschewismus in Westeuropa ausgelöst haben. Angesichts der Bedeutung, die dem spanischen Problem zugemessen wird, angesichts auch der Unbekümmertheit, mit der die einen das spanische Regime beurteilen, die andern den Wert Spaniens für die Verteidigung des Westens festsetzen, besteht das Bedürfnis nach einer weniger an Parteiüberzeugung und Leidenschaft gebundenen Betrachtungsweise des Problems.

Es ist eines der unzähligen historischen Kuriosa, daß eben das Regime, das heute von seinen Gegnern als der Inbegriff des Faschismus angesehen wird, am wenigsten von allen rechtgerichteten Diktaturen unserer Zeit dem Faschismus innerlich verwandt ist. Jede Untersuchung der Grundzüge des spanischen Staates lehrt, daß er alle Kennzeichen der typischen iberischen Generalsdiktatur, aber nur wenige des faschistischen Totalitarismus aufweist. Es liegen heute genügend Zeugnisse von unverdächtigen Beobachtern — Engländern, Franzosen, Amerikanern — vor, welche diese Ansicht erhärten. Bedenkt man, daß selbst der Gründer der Falange, Juan Antonio Primo de Rivera, sich schon zu einer Zeit vom Faschismus und Nationalsozialismus distanzierte, als diese noch von Erfolg zu Erfolg eilten; daß Franco nichts eiligeres zu tun hatte, als diese Falange, die, nach der Füsilierung Juan Antonios führerlos geworden, sich dem Faschismus näherte, durch die Fusion mit den royalistisch-katholischen «Requetés» zu schwächen; daß die aufständischen Generale wohl die Hilfe, die ihnen von Deutschland und Italien geboten wurde, gerne annahmen, sich aber nie zu den entsprechenden Gegenleistungen bereit finden wollten und damit den Alliierten während des Krieges Dienste erwiesen, die Churchill und Roosevelt selbst bestätigten, — — bedenkt man dies alles, so wird die ideologische Verbindung und das politische Bündnis Spaniens mit dem Faschismus auf das ihnen zukommende Maß reduziert.

Und dennoch ist

die spanische Diktatur ein sehr gefährlicher Partner

für die Demokratie. Ein Bündnis mit dem halb militärischen, halb patriarchalischen, auf einigen Enzykliken fußenden Regime Francos müßte den schwankenden moralischen Unterbau der westlichen Welt vollends erschüttern. Denn Franco ist für Demokraten und Antidemokraten zu einer symbolischen Persönlichkeit geworden. Für seine Gegner ist er der Inbegriff aller antirepublikanischen, freiheitsfeindlichen und unliberalen Kräfte. Für seine Verbündeten von gestern, die er heute nicht mehr loswerden kann, ist er der letzte große Überlebende ihrer Welt, die heute durch ihn einen späten Triumph zu feiern im Begriff ist. Otto Straßer klatscht aus Kanada Beifall und lobt die Amerikaner dafür, daß sie sich auf die «nationalen Kräfte in Europa, dieses einzige Bollwerk gegen den Kommunismus», stützen wollten; die deutsche «Legion Kondor» veranstaltet Pilgerfahrten nach Spanien; Herr von Stohrer, Hitlers Botschafter in Madrid, entwickelt eine fieberhafte Tätigkeit und die Anhänger Pétains, Horthys, Pavelics u. a. erwarten zugleich mit der Rehabilitierung Francos auch die ihrige. Die amerikanisch-spanischen Gespräche waren geradezu das Signal für die versprengten Kräfte der erst vor sechs Jahren zerschlagenen antidemokratischen Front, die Reihen fester zu schließen. Zu Recht oder zu Unrecht gilt Franco als der Mann an ihrer Spitze.

Der Caudillo ist gewiß zu klug, um solche Beifallskundgebungen zu ermutigen, so wie er sich auch von den neofaschistischen und neonazistischen Bestrebungen eines Oswald Mosley oder Otto Remer fernhält. Er kann es aber nicht verhindern, daß, werden diese Namen genannt, der seine laut oder leise an erster Stelle angeführt wird. Franco erntet heute die Folgen seines allzu klug sein wollenden Spiels nach allen Seiten hin. Er, der dem Faschismus innerlich nie wirklich nahestand, freilich aber auch nie sich von ihm deutlich schied und selbst noch jetzt einem anderen Verbündeten des Rechtstotalitarismus, Pétain, seine volle Sympathie bewies, gilt als der Erbe Hitlers und Mussolinis. Die Mächte, mit denen er zusammen gegen die Demokratien zu Felde zog, haben ihn zu ihrem Hauptmann bestimmt. Die Geister, die er nur zag rief, aber auch niemals verscheuchte, drängen ihn nun in die Rolle des Zauberlehrlings, dem trotz aller scheinbaren äußeren Erfolge das Wasser bis zum Mund steht und der deshalb zur tragischen Figur wird, weil das Schicksal von 28 Millionen Spaniern an das seine geknüpft ist.

Vielleicht sind aber gerade die Anliegen dieser 28 Millionen der Schlüssel zum spanischen Problem. Man wird nach zwölf Jahren der Diktatur nicht erwarten, die öffentliche Meinung in Spanien voll erfassen zu können. Aber allein das Gespräch mit Spaniern aus verschiedensten Kreisen zeigt, wie weit die

Hoffnung auf eine Änderung der Verhältnisse im Lande

durch die Annäherung an den Westen gedrungen ist. Als Bestätigung dafür dient allein schon die gemischte Freude, mit der die Anhänger des Regimes die Entwicklung der spanischen Außenpolitik verfolgen. Denn ihr Nationalstolz, besonders aber die Sorge um den Bestand der jetzigen Staatsform, lassen sie die engere Bindung an das Ausland ungern sehen. Vor allem aber hat die Umbildung der Madrider Regierung bewiesen, daß jedermann in Spanien, Freund oder Gegner Francos, sich sehr wohl über die früher oder später unvermeidlichen innenpolitischen Folgen der Annäherung an Amerika im klaren ist. Von den einen ersehnt, von den andern befürchtet, kann die wirtschaftliche und politische Liberalisierung, die an die amerikanische Hilfe ausdrücklich oder stillschweigend geknüpft ist, auf die Dauer nicht ausbleiben, mag sie allmählich oder gewaltsam kommen.

Als Geste in diesem Sinne war die Stärkung der Monarchisten im Ministerrat

gedacht, die nichts anderes als ein freilich nicht sehr ernst gemeintes Versprechen einer Lockerung des autoritären Kurses sein soll. Denn die Monarchie erscheint heute den Gegnern Francos als die einzige Möglichkeit der Überleitung zur Demokratie. Hierbei zeigt sich eine der Absonderlichkeiten der spanischen politischen Lage, da nämlich keine Richtung weniger populär ist als die monarchistische und doch die Mehrheit der Spanier alle Hoffnung gerade auf sie setzt. So sehr der republikanische Gedanke den meisten Spaniern vertraut geworden ist, glaubt man doch wieder zur Monarchie zurückkehren zu müssen, um sowohl die Diktatur zu überwinden als auch das politische Chaos zu vermeiden. Daher verbinden sich die Sozialisten im Exil mit den Monarchisten, daher bemühen sich sogar die Kommunisten um das Zustandekommen einer Volksfront mit ihnen und den übrigen antifranquistischen Exilbewegungen, und daher beeilt sich der Thronprätendent Don Juan in einem Protestschreiben an Franco seine liberale und konstitutionelle Ge- sinnung zu beteuern.

Die auf die Monarchie gesetzten Erwartungen

sind Franco natürlich bekannt und deshalb versuchte er zumindest die in Spanien lebenden Anhänger der Restauration an sich zu binden. Doch dieses Bündnis mit Kräften, die Franco nur als Wegbereiter für die Monarchie, nicht aber als legitimen Staatschef akzeptieren, wird das Regime in Zukunft auf manche harte Probe stellen. Um sie zu bestehen, hat Franco bei seiner Regierungsumbildung darauf Be- dacht genommen, einen Kreis von ihm persönlich unbedingt ergebenen Politikern um sich zu bilden, was als das zweite bemerkenswerte Kennzeichen des Kabinetts- wechsels anzusehen ist. Dem angedeuteten Versprechen einer Liberalisierung steht somit eine viel ernster gemeinte Stärkung der persönlichen Stellung Francos und des bisherigen Kurses gegenüber. Aber die Kreise, die Franco sagen und Monarchie meinen, befinden sich heute doch in einer ganz anderen Lage als zur Zeit der UNO- Blockade, wo der Caudillo bereits zu einer Allianz mit ihnen die Hand bot. Zwar können die Monarchisten nicht als die von Amerika bevorzugte Gruppe auftreten, solange dieses mit Franco selbst verhandelt, doch ist der Grund des erneuten Her- vortretens Don Juans und die wieder auflebende Tätigkeit einiger Royalistenführer wie Larraz, Padilla und anderer unschwer zu finden. Sie, wie alle freiheitlich ge- sinnnten oder sich bloß freiheitlich gebärdenden Bewegungen, müssen die Annähe- rung zwischen Amerika und Spanien begrüßen, unter der Voraussetzung freilich, daß die Vereinigten Staaten ihre materielle Hilfe an politische Zugeständnisse binden, deren Einhaltung sie genauestens zu überwachen hätten. Darum erscheint vielen die Entwicklung der letzten Wochen als die einzige Möglichkeit, Spanien vom diktatorischen zum freiheitlichen Regime zu leiten, ohne es jedoch der Gefahr einer neuen Katastrophe auszusetzen.

Die jetzige Politik Amerikas

mag wohl, wie selbst amerikanische Politiker zugeben, anfänglich Francos Stellung zu stärken scheinen. Auf die Dauer ist sie jedoch darauf berechnet, den gegenwärtigen Zustand zu überwinden. Die Politik der Ausschließung, die dem traditionellen Bestreben der europäischen Westmächte, Spanien von Europa fernzu- halten, entgegenkam, hat weder dem demokratischen Gedanken noch der euro- päischen Einheit Nutzen gebracht. Die amerikanische Politik der Dollarhilfe und der «free elections» mag zu einem glücklicheren Ende führen. Daß Spanien freilich damit zu einem Alliierten und verlängerten Arm Amerikas in Europa wird, ist die so bald nicht mehr zu behebende Folge der unglückseligen Politik, die nach Kriegsende von den europäischen Staaten Spanien gegenüber verfolgt wurde.

Gustav Herrmann

Bericht aus Berlin

«Wir zwei Millionen Jungen und Mädel aus 104 Ländern der Erde, Vertreter der verschiedensten Rassen, Weltanschauungen, Glaubensbekenntnisse und sozialen Schichten, sind hier in Berlin zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten mit dem Ziel zusammengekommen, vor der ganzen Welt feierlich zu erklären, daß der unerschütterliche Wille der jungen Generation aller Länder und Völker und ihr tiefstes Sehnen auf die Erhaltung des Friedens und die Erringung einer schöneren Zukunft gerichtet sind...»

Wir schwören, alle unsere Kräfte für die Kampagne zum Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte einzusetzen, der die Grundlage für das friedliche Nebeneinanderleben der Völker schaffen wird.

In dieser feierlichen Stunde leisten wir den Schwur, der Sache des Friedens treu zu bleiben.

Wir schwören es!»

Dies sind die Anfangs- und Schlußworte eines Schwures, den die im sowjetischen Ostberlin versammelte «Weltjugend» in feierlicher Weise an der Abschlußkundgebung der sogenannten

III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

getan hat. Wie alle sowjetischen Propagandasprüche ist auch dieser Schwur in einer Sprache abgefaßt, die nicht sogleich erkennen läßt, wes Geistes Kind er ist. Immerhin zeigt schon der Hinweis auf den Abschluß eines Fünf-Mächte-Paktes deutlich genug, welche Macht allein hinter dieser Demonstration stehen kann. Die Gleichschaltung dieser Weltjugendfestspiele mit der sowjetischen Außenpolitik ist auch hier augenfällig. Aber solche Beweisführungen sind ja gar nicht notwendig, hat doch der rein kommunistische Charakter dieser Festivitäten von vornherein nie in Frage gestanden. Es handelt sich im Grunde um nichts anderes als um eine Jugendmusterung der Kominform. Den Hauptharst der von den kommunistischen Veranstaltern selbst mit zwei Millionen angegebenen Teilnehmerzahl stellte die nach Ostberlin kommandierte sogenannte «Freie Deutsche Jugend» (FDJ), die kommunistisch beherrschte und ausgebildete Massenorganisation der Jugend der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Starke Delegationen kamen aus der Sowjetunion selbst und ihren Satelliten. Ganz besonderer Kult wurde mit den Abordnungen Rotchinas und Nordkoreas getrieben, sowie mit den Delegationen anderer gegen den «westlichen Imperialismus» kämpfender Völker Asiens und Afrikas. Die sogenannte Emanzipation der Kolonialvölker vom imperialistischen Joch war überhaupt ein Hauptprogrammpunkt der Propaganda. Auch aus sozusagen allen westlichen Staaten waren Abordnungen da, bei denen es sich fast ausnahmslos um ausgesuchte Kommunisten handelte, und die also höchstens die kommunistischen Parteien repräsentierten, keineswegs aber ihre Länder und Völker. Sicher waren auch einige Globetrotter dabei, welche die Gelegenheit benutzten, um billig nach Berlin zu reisen.

Die Schweizer Abordnung

— es sollen 200—300 Menschen gewesen sein — gelangte erst auf großen Umwegen und mit entsprechender Verspätung nach Berlin, was den schweizerischen und amerikanischen Behörden wenig schmeichelhafte Kommentare in der sowjetischen Presse

eintrug. Überhaupt scheinen sich die schweizerischen Jungkommunisten alle Mühe gegeben zu haben, das Bild der kapitalistischen und militaristischen Schweiz so darzustellen, wie es ihr großes Vorbild Nicole in sowjetischen Zeitungen längst zu verkünden pflegt. Das Programm, das die Schweizer auf dem August-Bebel-Platz Unter den Linden zum Besten gaben — Volkstänze, Rezitationen, Lieder samt Jodel —, erhielt von der sowjetischen Berliner Presse die Qualifikation, es habe der entschiedenen kämpferischen Grundhaltung, wie sie in den Kulturprogrammen der übrigen Länder zum Ausdruck gekommen sei, noch ermangelt. Daß der Schweizer Boden keine richtige klassenkämpferische Gesinnung hervorzubringen vermag, hat man bei der sowjetischen Propaganda also richtig erkannt! Worüber wir, was unser Teil anbetrifft, nur zufrieden sein können.

Es ist nicht leicht, in wenigen Worten ein Bild zu geben von dem, was sich in den zwei Wochen der Weltjugendfestspiele in Ostberlin zugetragen hat. Der sowjetische Sektor Berlins prangte in einem Flaggenschmuck, mit dem auch die festfreudigste Schweizerstadt wohl nur schwer konkurrieren könnte — allerdings nur was die Massen der aufgehängten Fahnen anbetrifft, während die künstlerische Gestaltung schwer zu wünschen übrig ließ. Nicht nur alle Straßen, Plätze und Häuser waren mit Fahnen voll behängt, sondern auch die Verkehrsmittel, und selbst Privatautos fuhren mit irgendeinem Fahnenfetzen samt Gruß an die Weltjugend auf dem Kühler in der Stadt herum. Die Sowjetembleme beherrschten in allen Teilen das Fahnenmeer, wodurch der tatsächlichen Lage unfreiwillig sinnfälliger Ausdruck verliehen wurde: daß Ostberlin nur Provinzhauptstadt des großen sowjetischen Vaterlandes ist! Recht sinnig für einen Schweizer war etwa auch der Anblick einer großen Schweizer Fahne Unter den Linden, unter welcher ausgegerechnet in russischen Buchstaben das Wort Frieden stand! Das Typische für solche sowjetischen Festlichkeiten sind aber nicht die Fahnen, sondern die Transparente und insbesondere die Bilder. Tausende von Spruchbändern sprachen von Frieden, Freiheit, Freundschaft und Völkerverständigung und prangerter die «imperialistischen und monopolkapitalistischen Kriegshetzter des Westens» als Verschwörer gegen den Frieden an. Dafür blickten die wahren Freunde und Vorbilder der Jugend in hunderten von überlebensgroßen Bildern auf die gläubigen Kinder herab: die bekannte Galerie der kommunistischen Größen, angefangen beim roten Zaren selbst über die kommunistischen Führer aller Länder bis zu Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht («der sächsischen Imitation Lenins», wie ihn der sprichwörtliche Berliner Humor nennt!). Der völlig unwestliche, aus der Ikonenverehrung der russisch-orthodoxen Kirche stammende Bilderkult der Sowjets kam auch in den zahlreichen Demonstrationszügen zum Ausdruck, wo Stalinbilder zum Teil auf Wagen vorübergefahren wurden. Neben ständigen Demonstrationszügen waren die beiden Wochen angefüllt mit «Friedenskundgebungen», künstlerischen Darbietungen, sportlichen Wettkämpfen (u. a. die sogenannten XI. Akademischen Sommerspiele) und Ausstellungen. Der unbedingte Vorrang der «glorreichen sowjetischen Jugend» (ohne ein solches Prädikat wurde das Wort nie ausgesprochen!) auf allen Gebieten war augenscheinlich: sie hatte die besten Sportler, die mutigsten Kämpfer für den Frieden, die gewiegtesten Dialektiker und die größten Künstler (daß diese zum Teil im äußerst vorgerückten «Jugendarter» von 50 und mehr Jahren standen, tat der jugendlichen Begeisterung keinerlei Abbruch). Die Tendenz dieser von Moskau befohlenen und nach der Regie des Kreml durchgeführten Festspiele ist völlig eindeutig: die überlegene Macht und Stärke der Sowjetunion und die unerreichbare Weisheit und Güte Stalins vor der ganzen Welt — und vor allem vor den eigenen Satelliten! — zu demonstrieren und jedem Jungkommunisten einzimpfen, daß es nur ein Ziel geben kann: dem sowjetrussischen Vorbild nachzueifern und nur einen Weg dazu: die Vorschriften des Kreml peinlich genau zu beachten und nach Stalins Gedankenwelt sein ganzes Dasein zu gestalten.

Die Propaganda, die sich in dem ganzen vierzehntägigen Rummel äußerte, ist
von einer erschreckenden Primitivität.

Diese Primitivität zeigt sich etwa auch an den Ausstellungen in dem bekannten «Haus der Kultur der Sowjetunion». Da ist eine Ausstellung, welche dem Werdegang — und das heißt so viel wie der Verherrlichung — Stalins gewidmet ist. Die ganze Aufmachung ist *eine* große Geschichtslüge: es gibt nur zwei Männer, welche die Sowjetunion aufgebaut haben, Lenin und Stalin! Es wird alles getan, um die Lüge zu verbreiten, Stalin sei der von Lenin herangezogene und unumstrittene Nachfolger. Die Namen eines Trotzki oder Radek tauchen überhaupt nicht auf. Der Jungkommunist verläßt den Raum mit der Überzeugung, daß Stalin der größte Mensch aller Zeiten ist. Ja, ist er überhaupt noch ein Mensch? Es ist kein Zweifel möglich, daß er bei den nicht religiös erzogenen Jugendlichen die Stelle des Erlösers oder gar Gottes einnimmt, und es ist ebenso unzweifelhaft, daß dies das letzte Ziel der Sowjetisierung des Menschen ist.

Welches ist nun, so müssen wir zum Schlusse fragen, der Erfolg dieser maßlosen Propaganda, und welches ist damit das Fazit dieser Weltjugendfestspiele? Solche Fragen können natürlich nicht eindeutig beantwortet werden, da zu viele Imponderabilien mitspielen. Immerhin gibt es für eine solche Bilanz eine vielsagende Tatsache: eine Million junger Menschen, also weit mehr als die Hälfte der Festspielteilnehmer, haben in diesen zwei Wochen Westberlin besucht. Unzweifelhaft hat dies der kommunistischen Regie schwere Sorgen verursacht, und Eingeweihte reden bereits davon, daß in den höchsten sowjet-deutschen Stellen «Köpfe rollen werden». Daß diese überwältigende Anzahl junger Menschen trotz schärfster Kontrollen — der sowjetische Sektor war sozusagen hermetisch abgeriegelt — und in Aussicht gestellter Repressalien den Blick in den freien Westen tat, ist eine erhebende Tatsache. Natürlich handelte es sich vor allem um deutsche Teilnehmer, aber nur um deren Seelen ging es ja bei den Gegenaktionen der Westberliner. Fanatische Kommunisten aus der westlichen Welt bekehren zu wollen, wäre hoffnungslos gewesen. Die Delegationen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang dagegen waren streng isoliert und hatten so gut wie keinerlei Kontakt mit der FDJ. Die sowjetische Delegation selbst lebte regelrecht hinter Stacheldraht in Karlshorst! So sah die internationale Verbrüderung in Wirklichkeit aus. Sicher kamen viele der sowjetzonalen Teilnehmer in die Westsektoren aus bloßer Neugierde oder um etwas zu essen zu kriegen. Anderseits aber waren alle politischen Kundgebungen in Westberlin stark von FDJ-Mitgliedern besucht. Es sprachen bei dieser Gelegenheit u. a. der amerikanische Hochkommissar, der Oppositionsführer Schumacher und der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, aber auch ost-europäische Politiker, die dem sowjetischen Terror bereits entflohen sind. So sind diese beiden Wochen gegen den Willen der kommunistischen Regisseure zum größten gesamtdeutschen Gespräch seit 1945 geworden. Der Beweis ist erbracht, daß trotz aller marxistischen Schulung und Erziehung der Kern der deutschen Jugend in der Sowjetzone nicht zerstört werden konnte. Diese Feststellung soll aber kein Anlaß für Westdeutschland sein, über den unzweifelhaften kommunistischen Mißerfolg zu triumphieren oder gar die Hände in den Schoß zu legen. Vielmehr kann aus den zahlreichen Begegnungen mit jungen Menschen aus der Sowjetzone eindeutig die Erkenntnis gewonnen werden, daß die westliche Welt und insbesondere Westdeutschland noch viel zu wenig tun, um der trotz allem weiter fortschreitenden Sowjetisierung der Jugend entgegenzuwirken. Nur wenn die westliche Aktivität auf eine solche Stufe gehoben ist, daß jede sich bietende Chance blitzartig wahrgenommen und ausgenutzt wird, kann man die Sowjetisierung deutscher Menschen auf die Dauer verhindern.

Walther Hofer

Militärische Umschau

Eisenhowers Rechte Flanke

In der neuesten Nummer der Vierteljahresschrift der *Foreign Affairs* veröffentlichte deren Herausgeber, *Hamilton Fish Armstrong*, eine Studie «*Eisenhower's Right Flank*». Da Eisenhower dem «Editorial Advisory Board» der Zeitschrift angehört, darf, wie uns von gut orientierter amerikanischer Seite versichert wird, angenommen werden, der genannte Aufsatz sei nicht ohne seine Zustimmung veröffentlicht worden. Dessen Inhalt, der auszugsweise wiedergegeben wird, hat daher eine überragende Bedeutung.

I.

Jugoslawien, Griechenland und die Türkei decken die rechte Flanke Eisenhowers in Europa. Sie sind zwar klein; ihre natürliche Tapferkeit, ihre geographische Lage und die amerikanische Hilfe haben sie aber einzeln stark gemacht. Wäre einer dieser drei Staaten auch nur ein wenig schwächer gewesen, würde er heute ebenfalls ein Opfer des Stalinschen Programms des Völkermordes sein. Zusammen verfügen diese drei Staaten über bewaffnete Streitkräfte, die etwa drei Viertel Millionen ausmachen und jederzeit kampfbereit sind. Eisenhower wäre sicher froh, in der gegenwärtigen gefährlichen Zeit über eine solche kampfbereite Streitmacht in Westeuropa verfügen zu können.

Für den Augenblick ist damit allerdings das Positive über das ganze Thema bereits gesagt, denn diese drei Völker sind kollektiv betrachtet ebenso schwach, wie sie einzeln stark sind. Sie grenzen aneinander und sind vom gleichen Feinde bedroht, aber trotzdem durch kein Verteidigungsbündnis gegen diesen Feind geschützt. Soweit man orientiert ist, haben sie keine gemeinsame Strategie geplant, um im Falle eines Angriffs gemeinsam handeln zu können. Wenn eines dieser Länder angegriffen wird, haben die anderen keine bindenden Hilfsverpflichtungen. Sollte Moskau das Problem durch einen gleichzeitigen Angriff aller drei Länder lösen wollen, kennt keiner der drei Oberkommandierenden die Absichten und Pläne der beiden anderen. Zudem bilden diese drei Staaten heute noch keinen Teil des westlichen militärischen Verteidigungssystems, obwohl ihre geographische Lage sie zur ersten Verteidigungslinie Europas gegen Osten bestimmt. Sie sind nicht Mitglieder des Atlantikpaktes oder irgendeiner diesem Pakt eingeordneten Regionalorganisation, was die Aufnahme der Verbindung zwischen ihren Generalstäben und dem militärischen Hauptquartier der NATO (North Atlantic Treaty Organisation) gestatten würde. Gegenwärtig hat Eisenhower noch keine rechtlichen Befugnisse über diese Armeen, auch keine Kompetenz, ihnen Ratschläge zu erteilen, von Befehlen gar nicht zu reden. Ja, er hat nicht einmal eine Entschuldigung, um Fragen an sie zu richten.

Die Türkei und Griechenland haben sich schon lange bemüht, Mitglieder des Atlantikpaktes zu werden und diesem Wunsch auch formell Ausdruck gegeben. Ihre Frage lautet: «Was können zum Beispiel Luxemburg, Dänemark oder Holland zur Verteidigung Europas beitragen, verglichen mit der militärischen Hilfe, die wir Euch bringen könnten? Weshalb habt Ihr uns Militärimissionen geschickt und uns wirtschaftlich und militärisch unterstützt, wenn Ihr uns nicht für Euch und mit Euch kämpfen lassen wollt?» Es fällt dem amerikanischen Besucher schwer, auf diese Fragen zu antworten. Er fragt sich, weshalb die USA sich nicht beeilen, diese Länder an sich zu binden, um im Notfall das «quid» ihrer Hilfe zu erhalten,

nachdem sie den Griechen und Türken das «quo» an Bewaffnung verschafft haben.

Am 15. Mai 1951 verkündete das Staatsdepartement, es befürworte dringend die Zulassung Griechenlands und der Türkei als Vollmitglieder der NATO. Gemäß einem an der Versammlung des Nordatlantikpaktrates in New York im Herbst 1950 geäußerten Projekt hätten diese beiden Staaten ohne volle Mitgliedschaft in die Planung der Organisation einbezogen werden sollen. Im besondern war vorgeschlagen worden, sie sollten «in jenen Phasen der militärischen Planungsarbeit der Nordatlantikpaktorganisation zugezogen werden, die sich auf die Verteidigung des Mittelmeeres beziehen». Es bestand offenbar die Absicht, ihre militärischen Vertreter an jenen Sitzungen teilnehmen zu lassen, die vom Planungsstab des Kommandos Süd (Mittelmeerkommando) der NATO einberufen werden¹⁾.

Dieses Projekt hatte den Nachteil, daß Griechenland und die Türkei ihm zwar zustimmten, da es immerhin mehr bot als gar nichts, daß sie aber mehr verlangen, als bloß das Recht, bei der Ausarbeitung gemeinsamer Verteidigungspläne angehört zu werden. Sie verlangen irgend eine Form einer amerikanischen Garantie, sei es die Mitgliedschaft in der NATO, oder etwas anderes, um im Falle eines russischen Angriffs nicht auf sich selbst angewiesen zu bleiben. Ein weiterer Nachteil dieses Projektes bestand darin, daß das Kommando Süd der NATO nicht so rasch verwirklicht wurde, wie geplant worden war, weil man sich nicht über die Frage einigen konnte, ob ein britischer oder amerikanischer Admiral das Oberkommando übernehmen solle. Dies war wiederum darauf zurückzuführen, daß Washington darauf bestanden hatte (was später bedauert wurde), das Oberkommando im Nordatlantik für die Vereinigten Staaten zu beanspruchen. So entstand in England natürlicherweise das Gefühl, die Amerikaner suchten in allen Gebieten die höchsten Kommandoposten zu «ergattern». Andere Staaten, die im Mittelmeer Interessen zu wahren haben, drückten den privaten Wunsch aus, lieber einem amerikanischen Oberkommandierenden unterstellt zu werden, als einem britischen (vielleicht nur deshalb, weil sie hofften, auf diese Art der Nachschubquelle näher zu sein). Dadurch wurde die ganze Angelegenheit noch weiter kompliziert. Als Ausweg aus dieser Sackgasse wurde sodann vorgeschlagen, das Mittelmeer in zwei oder vier Operationsgebiete zu unterteilen. Als man sich aber klar darüber wurde, daß diese Pläne wahrscheinlich nicht zum Ziele führen würden, fing man an, von einem getrennten Kommando über die Landstreitkräfte des Nahen und Mittleren Ostens zu sprechen. Das würde aber die Gefahr mit sich bringen, Griechenland und die Türkei in den Streit zwischen Israel und der arabischen Welt hineinzuziehen. Die gleichen Probleme der politischen und strategischen Beziehungen zu den Westmächten würden weiter bestehen bleiben und zwar in noch bedeutend verwickelterer Form wie zuvor.

II.

In Jugoslawien lagen die Verhältnisse gerade umgekehrt. Tito vermied es geradezu, sich durch irgendeinen Vertrag an die Westmächte zu binden. Er war eben erst aus den Klauen Stalins entwischt und entschlossen, jedem Risiko der Beherrschung und Ausbeutung durch das andere Lager aus dem Wege zu gehen. Amerikas Aufgabe bestand darin, ihm zu helfen, trotz der Feindschaft Stalins weiterleben zu können, und es mußte sie so anpacken, daß sich Tito überzeugen ließ, es sei keineswegs die Absicht Amerikas, Jugoslawiens Abhängigkeit ihm gegenüber zu vergrößern, sondern es bemühe sich, sein Land instand zu setzen, dessen Unabhängigkeit

¹⁾ Presseerlaß des Staatsdepartements vom 6. Oktober 1950 mit den zwischen Acheson und den Botschaftern Griechenlands und der Türkei ausgetauschten Noten.

keit gegen jeden Angreifer zu behaupten und zwar im allgemeinen Rahmen der internationalen Sicherheit und wenn möglich des Friedens.

Das Staatsdepartement hat diese Aufgabe erfolgreich an die Hand genommen. Eine Reihe amerikanischer und anderer Anleihen und Kredite ermöglichten es Jugoslawien, den russischen Boykott und die gefährliche Dürre des Jahres 1950 zu überstehen. Dabei wurden keine politischen Bedingungen gestellt. Obwohl — oder weil man von Tito nicht verlangte, seine sozialistische Überzeugung aufzugeben, fühlte er sich frei, sie im Lichte seiner tatsächlichen Erfahrungen mit Sowjetrußland und den Westmächten zu überprüfen. Man machte daraufhin die vorteilhafte Entdeckung, daß Stalin eine ganze Anzahl «Ketzereien» in die ursprüngliche marxistisch-leninistische Lehre eingeschmuggelt hatte.

Washington hat Tito über seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweggeholfen nicht weil, sondern trotzdem er ein Diktator ist. Dabei geht man von der Auffassung aus, daß die einzige Alternative zum Regime Tito in Jugoslawien ein von Stalin eingesetztes Regime sein würde. Das wäre nicht nur für das jugoslawische Volk viel schlimmer, sondern auch verhängnisvoll für die politischen und militärischen Interessen Amerikas. Als Bestätigung dieser Auffassung müssen die USA versuchen, der jugoslawischen Armee eine neue Lieferung moderner Waffen zu verschaffen und Mittel und Wege zu finden, den westlichen Verteidigungsplan so zu erweitern, daß die jetzige jugoslawische Lücke verschwindet. Sie müssen Wege finden, diese Ziele zu erreichen, ohne auf Titos Rechte als unabhängiger, kommunistischer Führer überzugreifen, der zwar dem Stalinismus und dem sowjetischen Lager feindlich gesinnt ist, aber auch keine Verpflichtungen gegenüber irgendeinem anderen Lager eingehen will, das als ausgesprochen antikommunistisch bezeichnet werden kann. Es sind zum Teil außenpolitische, zum Teil innenpolitische Gründe, die Tito veranlassen, seine unabhängige Mittelstellung beizubehalten.

Bis heute hat Jugoslawien keine konkreten Schritte unternommen, die Stalin als eine wirkliche Bedrohung hätte auffassen können oder welche mit Recht als provokatorisch bezeichnet werden könnten. Stalin ist außerordentlich empfindlich, wenn es sich für ihn um eine auch noch so geringfügige Verschlechterung des militärischen Kräfteverhältnisses an oder in der Nähe der russischen Grenzen handelt. Tito wünscht jeden Schritt, der eine solche Wirkung auf Stalin haben könnte, zu vermeiden, es sei denn als Antwort auf eine direkte russische Bedrohung. Der rasche Aufbau der benachbarten Satellitenarmeen und die ständig zunehmende Belieferung dieser Armeen mit schweren russischen Waffen berechtigen Tito ohne Zweifel, die Lücken in der Ausrüstung der jugoslawischen Armee so rasch wie möglich auszufüllen. Diese Ausrüstung ist zum Teil veraltet, zum Teil russischer Herkunft. Aber für ihn wäre die Unterzeichnung eines politischen oder militärischen Paktes mit den Westmächten wieder etwas anderes. Stalin kann sich einen Pakt zwischen Gleichgestellten und Gleichberechtigten nicht vorstellen. Sogar wenn Tito nur einen defensiven Vertrag mit den Westmächten unterzeichnen würde, wäre Stalin überzeugt, Jugoslawien sei bereit, die gleiche Stellung eines Satelliten Washingtons, Londons und Paris einzunehmen, gleich wie die unterjochten Länder Osteuropas gezwungen wurden, in ihrem Verhältnis zu Moskau die Stellung von Untergebenen anzunehmen.

Ebenso muß Tito auch auf die Gefühle innerhalb seiner eigenen Partei Rücksicht nehmen. Seine persönlichen Freunde und Mitarbeiter denken ohne Zweifel ganz realistisch und praktisch über die Tatsache, daß Jugoslawien unbedingt neue Waffen und eine neue Ausrüstung braucht, die sie nur vom Westen erhalten können. Die große Masse des Parteivolkes wird Tito überallhin folgen, wohin er sie auch führen mag, und die nichtkommunistischen Massen des Volkes und der Armee werden jede Politik begrüßen, die ihn mehr zum nationalen Führer macht, als zum Leiter einer politischen Sekte. Aber die mittleren Ränge in der Partei, die Stadt- und

Dorfgewaltigen, die Machthaber in den Fabriken und die Armeeoffiziere der unteren Ränge müssen erst allmählich von Tito und seinen Vertretern davon überzeugt werden, daß die Zusammenarbeit mit jenen Nationen jetzt erwünscht ist, die in der Parteiliteratur immer als feindlich und gefräßig beschrieben worden sind. Dazu braucht er natürlich Zeit.

Der Autor gibt sodann eine aufschlußreiche Darstellung der in Jugoslawien im Gange befindlichen Diskussionen über Bürokratie, Zentralisation, das stalinistische System und die Natur der amerikanischen Gesellschaft. Da sich Jugoslawien diesseits des Eisernen Vorhangs befindet und sich neue Berührungsflächen mit dem Westen bilden, werden immer wieder neue Vergleiche angestellt. Nach Ansicht des Autors lehnt Tito die Auffassung Stalins, wonach kommunistische und nicht-kommunistische Staaten und Staatengruppen nicht friedlich nebeneinander existieren können, als unmarxistisch ab. Es scheint, daß dies für die gegenwärtigen internationalen Ziele der USA genügt. Auf dieser Grundlage kann die jugoslawische Regierung mit Amerika zusammenarbeiten, ohne dem Atlantikpakt beizutreten. Es gibt tatsächlich schwerwiegende Gründe, die es auch im amerikanischen Interesse als angezeigt erscheinen lassen, daß Jugoslawien dem Pakt nicht beitritt. Titos Opposition gegen Stalin gründet sich auf orthodoxe kommunistische Lehrsätze. Dies erhöht die Wirksamkeit seiner Gegnerschaft gegenüber der Sowjetpolitik. Da er zugleich auch aus nationalen Gründen gegen Rußland kämpft, erschwert er Stalins Bemühungen, die Kräfte der kommunistischen Weltrevolution als Mittel zur russischen Expansion und Aggression zu mißbrauchen.

III.

Es wird wohl niemanden befremden, daß Jugoslawien, Griechenland und die Türkei vom Ausland dazu veranlaßt werden müssen, ihre individuelle zu einer kollektiven Stärke zu entwickeln. Die Differenzen, die diese Staaten trennen, sind allerdings nicht abstrakter Natur. Jugoslawien ist eine kommunistische Diktatur, Griechenland eine konstitutionelle Monarchie und die Türkei eine Republik.

Jugoslawien und Griechenland waren in neuerer Zeit formell nie miteinander im Krieg. Indessen haben noch vor kurzem jugoslawische Regierungsmitglieder die griechische Regierung unter Ministerpräsident Tsaldaris als «monarcho-fascistisch» bezeichnet und Tito ließ den kommunistischen Banden in den griechischen Gebirgsgegenden alle nur erdenkliche Hilfe zukommen. Nach seinem Bruch mit Stalin hat sich dies alles geändert. Die beiden Regierungen pflegen jetzt wieder normale diplomatische Beziehungen und haben im März 1951 sogar Militärattachés ausgetauscht. Auch das Problem der griechischen Kinder ist auf dem besten Weg einer Lösung. Das Problem Albanien (bei dem jeder den anderen böser Absichten bezüglich) würde seine Bedeutung verlieren, wenn die Westmächte klipp und klar erklären würden, daß Albaniens Nachbarn dort nicht auf leichte Beute zu hoffen brauchen, weder heute, noch bei irgendeiner zukünftigen Regelung, weil die gegenwärtige Regierung Enver Hoxhas nur aus Marionetten Moskaus besteht.

Die jugoslawisch-türkischen Beziehungen sind seit dem Krieg formell korrekt, aber nicht viel mehr. In der Presse der beiden Länder findet man selten Angaben darüber, was jedes Land für das andere bedeutet und wie weit man sich gegenseitig versteht. Beide haben eine gemeinsame Grenze mit Bulgarien und verwenden einen beträchtlichen Teil ihrer mobilisierten Streitkräfte für deren Schutz. Deshalb sollten doch beide das größte Interesse daran haben, in Erfahrung zu bringen, was der andere im Falle eines Angriffs zu unternehmen gedenkt. Dennoch sind noch keine Schritte zum gemeinsamen Handeln unternommen worden.

Die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei sind im gegenwärtigen Augenblick nicht die besten. Nach dem griechischen Zusammenbruch in Kleinasien im Jahre 1922 hatten die beiden ehemaligen Feinde im Laufe der Zeit einen geradezu erstaunlichen Grad von Zusammenarbeit, ja von Freundschaft erreicht. Aber in letzter Zeit haben die Türken wieder den Verdacht geschöpft, der griechische «Imperialismus» lebe noch immer weiter. Als Beispiel weisen sie auf das Verlangen, daß Großbritannien sogleich und ohne Einschränkungen Cypern an Griechenland «zurückgebe». Hiezu bemerken sie, die dicht beim türkischen Festland liegende Insel wäre vielleicht als Luftstützpunkt bei der Verteidigung Anatoliens, besonders Adanas, von ausschlaggebender Bedeutung, ebenso für alliierte Gegenangriffe gegen russische Stützpunkte und Ölfelder. Sie würden es vorziehen, wenn die Insel unter der Kontrolle einer Großmacht bliebe und finden, Griechenland sollte in diesem schwierigen Zeitpunkt nicht auf seinem Anspruch bestehen. Wenn die Staatszugehörigkeit der Insel überhaupt geändert werde, dann solle diese der Türkei zurückgegeben werden, die sie im Jahre 1878 an Großbritannien abgetreten habe und zwar nur temporär. Die Griechen ihrerseits sind entrüstet, daß man ihnen hinsichtlich Cypern Erpressung vorwirft und betonen, ihr Anspruch habe eine solide ethnographische Grundlage. Die türkischen Einwände, Griechenland werde vielleicht gar nicht am Krieg teilnehmen, beantworten sie mit Zweifeln in die türkische Vertrauenswürdigkeit. Hat sich die Türkei nicht so stark an die Vorteile der Neutralität gewöhnt, daß sie der Versuchung unterliegen könnte, wie im letzten Weltkrieg, außerhalb des Kriegsgeschehens zu bleiben?

Weder in Athen, noch in Ankara findet man bei den höchsten Stellen viel Glauben an die Möglichkeit eines lokalisierten Krieges, in Belgrad überhaupt keinen. Die Jugoslawen spüren wahrscheinlich mit Recht die besondere Exponiertheit ihrer Lage, da der Kreml gegen sie vier Satellitenarmeen in Bewegung setzen und dabei immer noch jede Verantwortung ablehnen könnte. Selbst wenn nur ein Satellit angreifen sollte, wären aber die Westmächte, nach jugoslawischer Auffassung, zur sofortigen Intervention gezwungen, da dieser Triest, die amerikanischen, britischen und französischen Zonen in Österreich, Griechenland und die Türkei bedrohen würde, woselbst die USA so große militärische Werte investiert haben. Die Jugoslawen können sich nicht vorstellen, daß die Westmächte den verhängnisvollen Gedanken eines «Teilkrieges» eintreten lassen, der Rußland gestatten würde, seine Feinde einzeln und nacheinander zu besiegen. Auf jeden Fall lassen sie keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie kämpfen werden, wenn man sie angreift, sei es mit oder ohne Verbündete. Sie werden sich einem neuen «München» nicht fügen.

Man nimmt in Ankara an, bei einem Kriegsausbruch werde die Frontlinie vom Rand der Ostsee bis zum Kaukasus verlaufen; die Türkei würde vermutlich von Anfang an in diese Front einbezogen werden, weil der russische Generalstab sicher nicht eine starke türkische Streitmacht an seiner linken Flanke dulden könne, während sich die Truppen der Sowjetunion nach Westen bewegen. Die allgemeine Auffassung, Teiloerationen seien für Sowjetrußland vorteilhaft, würde, wie man glaubt, im Falle der Türkei nicht stimmen, weil diese über zahlreiche militärische Reserven verfügt und Moskau weiß, daß innerhalb eines Monats oder sechs Wochen nach Ausbruch der Feindseligkeiten irgendwo in Europa die türkische Armee verdoppelt werden kann. Rußland würde für einen Überraschungskrieg gegen die Türkei rund eine halbe Million Truppen benötigen, nach der Gesamtmobilisation der türkischen Streitkräfte dagegen eine Million.

Die Ursachen der nachbarlichen Verstimmung in Belgrad, Athen und Ankara sind fast belanglos im Vergleich zu der alles überschattenden Hauptfrage, die für alle drei Länder die gleiche ist: Können sie überhaupt als Staaten weiterleben, und wenn ja, sollen sie als Glieder einer freien, internationalen Gesellschaft oder als Untertanen Moskaus weiterleben? Die lokalen Gegensätze würden rasch auf das

ihnen zukommende Maß reduziert, wenn man die Aufmerksamkeit einmal auf das gemeinsame Problem der Weiterexistenz lenken könnte, was möglich sein wird, sobald die Gespräche über eine gemeinsame Verteidigungsstrategie in Gang kommen. Dazu braucht es aber einen Anstoß, der jedoch nur von außen kommen kann.

IV.

Nach Ansicht des Staatsdepartements war der nächste Weg zur Erreichung dieses Ziels die Einladung an die Türkei und Griechenland, der NATO beizutreten. Dies wurde jedoch von einigen anderen Mitgliedstaaten abgelehnt. Die Gründe sind zum Teil allgemeiner Natur, zum Teil tragen sie einen besonderen Charakter. Zu den ersteren gehört die Ansicht, Name und Gesamtkonzeption des Paktes sei bereits durch den Einschluß Italiens bis zur äußersten Grenze ausgedehnt worden und das Gefühl der Einheit und vielleicht auch einige idealistische Gesichtspunkte dieser Staatengruppe würden verloren gehen, wenn sie durch neue Mitglieder erweitert würde. Sofern überhaupt je eine wirkliche, europäische Gemeinschaft zustande kommen soll, dann müsse sie auf einer natürlichen Homogenität beruhen. Der Einschluß eines muselmanischen Staates, wie etwa der Türkei (so erklären die Verfechter dieses Standpunktes), würde das Ideal einer «christlichen, demokratischen Gemeinschaft freier Staaten» schwächen, und die Einbeziehung eines kommunistischen Landes, wie Jugoslawien, würde den Kern des Zerfalls bilden.

Den mit der militärischen Planung Beauftragten müssen Überlegungen dieser Art abwegig erscheinen. Sie stehen in beständigem Kampf mit der Zeit und bemühen sich, in den zum Atlantikpakt gehörenden Ländern gegen die Gefahr eines direkten Angriffs eine reale, physische Macht aufzubauen. Man unterbreitet ihnen aber auch eher materielle Gründe, die gegen eine Erweiterung der Paktmitgliedschaft sprechen. Gewisse Mitgliedstaaten opponieren mit der Begründung, eine Erweiterung würde ihre Verpflichtungen über die Grenzen ihrer tatsächlichen Interessen ausweiten. Neutralisten und ähnliche Gruppen in Frankreich, die der «troisième force» angehören, sowie gewisse Kreise des linken Flügels der britischen Labour-Partei vertreten die gleiche Ansicht. Dabei erhebt sich die grundsätzliche Frage, ob diese Leute mit der Annahme recht haben, ihre Interessen seien, vom praktischen Gesichtspunkt aus gesehen, auf das vom Atlantikpakt umrissene Gebiet beschränkt. Waren die Mitglieder des Paktes unter den heute obwaltenden Umständen in der Lage, einer Verwicklung in die Folgen eines russischen Angriffs selbst nur auf einen am Rande gelegenen, europäischen Staat zu entgehen? Wenn nein, sollten sie doch überlegen, ob das Risiko eines solchen Angriffs vergrößert oder verringert würde, wenn die Russen zum voraus wüßten, daß dadurch die Bestimmungen des Atlantikpaktes sogleich wirksam würden.

Viele Mitglieder des Paktes befürchten auch, eine Vergrößerung der Teilnehmerzahl würde ihren Anteil an der amerikanischen Waffenhilfe verringern. Sie vergessen dabei, daß die USA in jedem Fall frei beschließen können, den griechischen und türkischen Armeen mehr Material zur Verfügung zu stellen, oder Tito zusätzliche Waffen zu senden. Das würde die amerikanischen Waffenlieferungen, die auf dem Papier heute für die französischen oder belgischen oder andere Divisionen bereitliegen, auf jeden Fall einschränken, ganz gleichgültig, ob der politische Rahmen für ein solches Vorgehen formell festgelegt worden ist oder nicht.

Einen realistischen Einwand gegen die Erweiterung des Atlantikpaktes bildet die Feststellung, der Beschuß müsse von den Parlamenten aller Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Der amerikanische Kongreß, der zwar die Aufnahme Griechenlands und der Türkei ausdrücklich gutgeheißen hat, könnte zum Beispiel die Ab-

wicklung des Geschäfts durch das Verlangen komplizieren, es müsse auch Franco-Spanien einbezogen werden. Der Einwand, dieses Geschäft könnte in den Parlamenten mit Schwierigkeiten verknüpft sein, verdient keine Beachtung, solange kein gleichwertiger Weg gefunden wird, um sich zu vergewissern, daß Griechenland und die Türkei nicht versuchen könnten (wenn auch erfolglos), sich von einem allgemeinen Krieg fernzuhalten, und solange Eisenhower verhindert ist, die griechischen und türkischen militärischen Pläne in seine eigene strategische Gesamtplanung einzubeziehen.

Wenn Amerika mit den Jugoslawen darüber redet, welche Waffen sie brauchen, ist es ganz natürlich, auch darüber zu diskutieren, wie sie sie zu verwenden gedenken. Das aber zieht Fragen nach sich, die für Griechenland und Italien von größter Wichtigkeit sind.

Die griechischen Armeeführer werden ohne besondere Erklärung verstehen, daß bei einem allfälligen jugoslawischen Rückzug in die bosnischen und montenegrinischen Berge, als Folge eines bulgarischen Angriffs, das Wardartal offen gelassen würde, und die Bulgaren freie Hand hätten, Griechenland auf einer bedeutend breiteren Front anzugreifen. In den Jahren 1940 und 1941 stellte sich das gleiche Problem. Damals waren Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien, die heute russische Satelliten sind, schon Satelliten der Achse oder waren im Begriff, es zu werden. Jugoslawien und Griechenland fürchteten damals einen Angriff deutscher und italienischer Truppen, die dort ihre Stützpunkte hatten, genau wie sie heute einen Angriff der russischen oder von Rußland unterstützten Truppen aus jenen Gebieten befürchten. Das Verhängnis, das 1941 über beide hereinbrach, sollte sie von der Notwendigkeit überzeugen, sogleich die Vorbereitungen für gemeinsame Verteidigungspläne in Angriff zu nehmen, die damals nicht vorhanden waren, so daß die Katastrophe eintraf. Wenigstens auf griechischer Seite muß diese Erkenntnis vorhanden sein, denn der hervorragende griechische Taktiker, Feldmarschall Papagos, war während langer Zeit Chef des Generalstabes, als fruchtbare Versuche unternommen wurden, die militärische Zusammenarbeit wirksam zu gestalten, anfänglich zwischen den vier Mitgliedern des Balkanpaktes, später zwischen Athen und Belgrad direkt.

Eine militärische Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien ist noch von lebenswichtigerer Bedeutung. Es stehen ihr allerdings verschiedene Hindernisse im Weg, wie die alte Rivalität zwischen Rom und Belgrad an den Küsten der Adria, die italienische Besetzung Dalmatiens und Sloweniens während des Krieges und vor allem die unerledigte Streitfrage Triest. Das italienische Volk betont den italienischen Charakter Triests und der istrischen Seehäfen in der jugoslawischen Besetzungszone, aber die italienischen Militärs können nicht vergessen, daß sich Italiens einstige Verteidigungsanlagen im großen Einschnitt des Karstgebirges westlich von Ljubljana, in deren Zentrum die beherrschende Spitze des Monte Nevoso liegt, nun alle auf jugoslawischem Territorium befinden. Venedigs Sicherheit und jene des Po-Tals hängen weniger davon ab, wer Triest beherrscht, als von der Strategie des jugoslawischen Generalstabes, und ihrem schließlichen Erfolg. Werden die Jugoslawen die Italiener um Hilfe ersuchen oder ihre Hilfe überhaupt annehmen, falls es zum Kriege kommt? Wenn sie, entgegen ihren gegenwärtigen Hoffnungen, in so große Bedrängnis geraten würden, sich zum Rückzug in die Berge entschließen zu müssen, würden sie dann den Italienern im Sinne eines Hilfsaktes gestatten, jene Verteidigungsstellungen wieder zu besetzen, die sie in der Lücke von Ljubljana aufgeben mußten? Tun sie dies nicht, würden weder Jugoslawien noch Italien über Triest herrschen, sondern es würde zu einem sowjetischen Hafen. Dadurch würde die Beherrschung des Mittelmeeres durch die alliierten Flotten verhängnisvoll geschwächt.

Die italienische Armee ist von Grund auf neu aufgebaut worden und hat heute

ihre vertraglich festgelegte Stärke. Einige ihrer Eliteeinheiten im Norden bilden eine mögliche Verstärkung der jugoslawischen Armee an kritischen Stellen im oberen Savetal, und ihre Anwesenheit in der Nähe der Grenze könnte es den in Slowenien stationierten jugoslawischen Truppen ermöglichen, an anderen Stellen eingesetzt zu werden. Heute fehlt aber noch das notwendige Minimum an Vertrauen zwischen Rom und Belgrad. Geht die Schaffung dieses Vertrauens über das Vermögen alliierter Staatslenker?

Das Gebiet des östlichen Mittelmeeres ist nicht nur vom Standpunkt der Verteidigung aus wichtig. Die Häfen und Flugbasen, die seinen Küsten entlang gelegen sind, würden den westlichen Verbündeten die Möglichkeit geben, den Krieg ins sowjetische Heimatland zu tragen, einschließlich seiner großen Industriezentren und der kaukasischen Olfelder. Das ist noch nicht alles. Je weiter ein russischer Angriff nach Westeuropa vordringen würde, desto mehr wären seine Verbindungslien alliierten Flankenangriffen ausgesetzt.

Im ersten Weltkrieg mißlang der Versuch nur um Haaresbreite, in die Dardanellen einzudringen, Konstantinopel zu nehmen und ins Schwarze Meer vorzustoßen. Im zweiten Weltkrieg löste die alliierte Landung in Sizilien und später in Südfrankreich die Streitfrage, wo im Süden des europäischen Kontinents die schwächste Stelle sei, die am leichtesten eingedrückt werden könne. Die Gründe für einen Versuch, den Feind weiter im Osten von der Flanke her zu packen, wären viel überzeugender, wenn dieser Feind Rußland ist, dessen Armeen in Zentral-europa von langen Verbindungslien abhängen würden, die von weit entfernten Stützpunkten in der Ukraine und weiter ostwärts ausgehen. Die drei Ausgangspunkte eines solchen Flankenangriffes wären offensichtlich die Adria, das Gebiet der Ägäis und das Schwarze Meer. Die drei in dieser Abhandlung besprochenen Staaten grenzen an diese drei Meere. Jugoslawien liegt am Adriatischen Meer, steht Wache am Einschnitt von Ljubljana und beherrscht die Nord- und Südtäler der Morava und des Wardar, die nach Saloniki hinunterführen. Griechenland liegt am Ägäischen Meer, beherrscht den unteren Wardar und erstreckt sich ostwärts bis zur türkischen Grenze, während die Türkei am Schwarzen Meer Rußland gegenüberliegt und dessen Eingang behütet.

V.

Zwischen den genannten drei Staaten und den meisten Nationen des Atlantik-paktes besteht bereits ein Bindeglied: die gemeinsame Mitgliedschaft in der UNO. Die amerikanische Regierung hätte diese Tatsache als Grund für die Hilfe angeben können, die sie ihnen beim Ausbau ihrer Verteidigung gewährt. Hätte sie das getan, hätte Amerika heute nicht mit der Schwierigkeit zu kämpfen, einen kommunistischen Staat in ein Regionalabkommen eingliedern zu müssen. Tito müßte dann nicht befürchten, eingeladen zu werden, sich (wenn auch nur indirekt) einer anti-kommunistischen Koalition anzuschließen. Überdies sähen sich dann die USA nicht dazu gezwungen, widerwillige Bundesgenossen dazu zu drängen, noch konkretere Verpflichtungen auf sich zu nehmen, als der Vertrag ihnen auferlegt, um bei der Abwehr eines Angriffs außerhalb ihrer näheren Umgebung mitzuhelpen. Im Notfall kann die USA wohl zu der Tatsache Zuflucht nehmen müssen, Jugoslawien sei Mitglied der Vereinten Nationen, um diesem Lande die nötige Hilfe bringen zu können. Schließlich ist dies auch ein stichhaltiger Grund. Truman und Acheson hätten mehr tun können, um die Russen von einem möglichen Angriff auf Jugoslawien abzuhalten, wenn der Ausdruck ihres Interesses am Weiterbestand eines unabhängigen Jugoslawiens in die abschließende Feststellung ausgemündet haben würde: Was die Vereinigten Staaten tun werden, wenn ein Mitglied der Vereinten Nationen angegriffen wird, zeigt das Beispiel Korea.

In gleicher Weise wie Jugoslawien erinnern auch Griechenland und die Türkei daran, daß der Nachteil von Regionalpakten darin besteht, «abgebrochene Kanten» zu haben, und die Kanten, welche die nationalen Interessen der USA zu einem bestimmten Zeitpunkt scharf abzugrenzen scheinen, nicht diejenigen sind, die die Gesamtheit ihrer nationalen Interessen in einem folgenden Zeitpunkt beschützen. Aber der Atlantikpakt besteht nun einmal und die USA haben ihn zum Hauptinstrument der Verteidigung Europas gemacht. Immerhin liegt seine Bedeutung im verbindenden Wort «Pakt», nicht im lose hinzugefügten Adjektiv «atlantisch». Nach allen Berechnungen gehören Griechenland und die Türkei heute zu den kritischen Gebieten, welche die USA, um ihrer eigenen Sicherheit willen, zu stärken und zu verteidigen entschlossen sind. Sie können den widersinnigen Zustand nicht länger hinnehmen, daß gutorganisierte europäischen Armeen mit ausgezeichnetem Kampfgeist, die in mancher Beziehung vortrefflich vorbereitet sind, um einem russischen Angriff zu widerstehen und nebeneinander stehen, immer noch nicht wissen, wie sie im Notfall zu ihrem gegenseitigen Schutz und zum Schutze der Westmächte handeln müßten. Der erste Schritt ist offensichtlich, es Griechenland und der Türkei zu ermöglichen, an den Vorteilen und an der Verantwortung einer Gemeinschaft von Völkern teilzuhaben, zu der sie gehören wollen und zu der zu gehören sie auch verdienen.

Miles

Man ist bei uns allzu leicht geneigt, zu glauben, daß die Anstrengungen zur Erhaltung und Stärkung unserer militärischen Abwehrkraft den Schwankungen in der weltpolitischen Lage folgen könnten. Dies wäre weder ratsam noch möglich. Es ist unsere historische und verfassungsmäßige Pflicht, jederzeit wehrbereit zu sein. Alle militärischen Vorbereitungen erfordern viel Zeit, und man käme zu spät, wenn erst bei unmittelbar drohender Gefahr die Maßnahmen zur Verstärkung der Landesverteidigung getroffen werden wollten.

Bundesrat Kobelt